

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 13 (1972)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Nicht mehr auf eigene Faust : auch in der Schweiz wird die unbehütete Linke organisiert  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1095277>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Sache natürlich. Nur ist das eine Charakteristik, die auf alle kommunistisch beherrschten Länder zutrifft, und nebenbei nicht zuletzt auf China. Tatsächlich ist in allen Ländern dieses Systems die oligarchische Handhabung der Produktionsmittel samt sämtlichen andern Machtmitteln viel absoluter, als sie es bei den monopolistischen Ausprägungen im Kapitalismus sein kann. Ausgenommen sie werde auch hier von der politischen Macht überspielt, wie das eben im Nationalsozialismus der Fall war.

Die gegenseitigen Aussagen im sino-sowjetischen Konflikt drücken übrigens in aller Deutlichkeit aus, wie wenig die betreffenden Führungen selber denken, dass die Schaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse dem Volk auch wirklich die Macht gibt. Die gleiche Aussage ergibt sich zudem auch im Nacheinander ein und desselben Staates, wenn man sich von einer abgelösten Führung distanzieren lässt. Sie hat sich dann jeweils von den werktätigen Massen isoliert und so weiter. Wie aber wäre das möglich, wenn das Proletariat die Diktatur ausübt?

Nun ist diese Sachlage nicht nur logisch, sondern auch evident. Die gesamte Machtausübung ist Zeugnis dafür.

Das Informations- und Zensurwesen. Die Meinungsbildung als Befehlsübermittlung von oben nach unten. Die Weigerung, die Gefolgschaft der Bevölkerung dem Test von Wahlen mit Oppositionsbeteiligung zu unterziehen. Die verwehrte Freizügigkeit. Die Polizeistaatlichkeit, die institutionalisierte Repression.

Das alles ist nicht bloss Wirklichkeit, es ist auch manifeste Wirklichkeit.

Damit wird es aber auch sehr unwahrscheinlich, dass die wachsende Faszination des «revolutionären» Modells sich ausgerechnet auf die total überspielten Eigentumsverhältnisse bezieht und nicht vielmehr auf die politischen Machtverhältnisse. In der Tat fordert man mit der Abschaffung des Kapitalismus als Wirtschaftssystem immer ausdrücklicher auch die Abschaffung der «bourgeois» Demokratie zugunsten der «sozialistischen» Demokratie (die keine ist) und die Abschaffung des «manipulierten» Pluralismus zugunsten des Monolithismus. Eine Kleinigkeit, die ich charakteristisch finde: Es dominiert keineswegs der Ruf «Enteignet Krupp!» (stellvertretend für die Besitzenden), sondern vielmehr der Ruf «Enteignet Springer!» (stellvertretend für die Andersdenkenden).

Wenn der Trend in Richtung auf eine gesellschaftsverbündliche Ideologie geht, dann geht er immer auch in Richtung auf die Inquisition. Gewiss wird im Westen der Hass auf den bourgeoisen Andersdenkenden damit motiviert, dass das bourgeoise Establishment erst einmal den revolutionären Andersdenkenden unterdrücke.

Aber nicht nur übt diese unsere Gesellschaft weniger Unterdrückung aus als irgendeine andere, sie hat auch den moralischen Vorzug und den organisatorischen Nachteil, zur Systematik der Unterdrückung nicht eingerichtet zu sein. So fehlt ihr als offene Gesellschaft die Kompaktheit der Propaganda, und sie vermag es nicht zu verhindern, dass die Unterdrücker von morgen sich als Märtyrer von heute ausgeben, ebensowenig wie die Weimarer Republik es zu verhindern vermochte, dass der Nationalsozialismus seinen gefallenen Horst Wessel als Jugendsymbol zelebrierte. Nun hatte die Weimarer Republik einerseits kein Engagement mehr für ihre eigenen Werte, und andererseits hatte sie einen entschlossenen Feind, Beides zusammen war zu viel und wird es in analogen Situationen wieder sein.

Christian Brügger

Auch in der Schweiz wird die unbehütete Linke organisiert

## Nicht mehr auf eigene Faust

Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir an dieser Stelle (ZB 4/1971) in einem Artikel, «Moskau und die extremistischen Studenten im Westen», geschrieben: *«Moskau hat den Kampf mit der Neuen Linken aufgenommen. Die ersten Opfer werden die narzotisierten Träumer und sexbetonten Romantiker sein. Sie sind den harten politischen Realitäten nicht gewachsen. Sie haben bloss die Aufgabe, Kastanien aus dem Feuer zu holen... Dank der ideologischen und organisatorisch-materiellen Hilfe aus Moskau wird die Führung der Neuen Linken an kommunistischen Funktionäre übergehen. Die anti-autoritären Romantiker, politisch meist ebenso naiv wie gutgläubig, haben ausgespielt.»*

Diese Prognose erhielt im Herbst eine doppelte und unerwartet frühe Bestätigung. Die neulinke westdeutsche Zeitschrift «Konkret» kroch zu Kreuze und distanzierte sich vom Haschkonsum, den sie selbst anfänglich gefördert hatte. Und die PdA Genf nahm schärfer noch als bürgerliche Parteien Stellung gegen die Sex- und Pornowelle, wodurch sie sich beträchtliche Vorteile für die Nationalratswahlen verschaffte. Der Gewinn eines zusätzlichen Mandats in Genf wurde von Beobachtern auf diesen Umstand zurückgeführt.

Die organisatorisch-materielle Hilfe aus Moskau wurde Ende 1972 noch sichtbarer und brachte eine erneute Bestätigung unserer Prognose: in aller Stille wurde Ende November der «Kommunistische Jugendverband Zürich» gegründet.

Im «Vorwärts», dem Organ der PdA, steht darüber zu lesen (3. 2. 1972): «In den letzten Jahren entstanden in Zürich verschiedene linke Organisationen und Splittergruppen, welche ausschliesslich von der Jugend getragen werden. In dieser Situation wurde es notwendig, einen marxistisch-leninistischen Jugendverband ins Leben zu rufen.» (Auszeichnung von uns.)

Der KJV ist nach aussen organisatorisch selbstständig, hingegen «fühlt er sich ideologisch eng mit dem Programm der Partei der Arbeit der Schweiz verbunden», weshalb er «eng mit der PdA» zusammenarbeitet.

Seit dem 8. Dezember führt der KJV jeden zweiten Mittwoch einen Schulungskurs zum Thema «Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung» durch, seit dem 15. Dezember jeden zweiten Mittwoch einen solchen zum Thema «Marxistische Demokratie».

Interessanter und bedeutungsvoller sind indessen die folgenden Arbeitsgruppen:

1. Öffentlichkeitsarbeit (Publikationen, Veranstaltungen, Demonstrationen)
2. Linkstendenzen (Auseinandersetzung mit anti-kapitalistischen Splittergruppen und Aufbauorganisationen)
3. Stadtpolitik (Städtebau im Kapitalismus, Graftstram, Mitarbeiterprobleme)
4. Wohnkommunen
5. Friedensarbeit
6. Dritte Welt
7. Zusammenarbeit mit Schwesterorganisationen

Das Programm ist klar und unmissverständlich: Hier ist der Träger für die Infiltration in die neulinken Gruppen und Grüppchen geschaffen, die für die PdA und letztlich für Moskau zu Vorspanndiensten als nützliche Idioten aufgepäuselt werden sollen. Bereits trafen sich am 22. Januar in Basel Delegationen der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und des KJV Zürich zu einem gemeinsamen Gespräch. «Beide Organisationen sind sich in ihrer Zielsetzung ähnlich. Sie streben eine gemeinsame, gesamtschweizerische Organisation an und beschliessen, Kontakte aufzunehmen mit ähnlichen Organisationen...» Für März ist ein «Schulungswochenende» in Basel vorgesehen, zum Ostberliner

Weltjugendfestival 1973 soll eine gemeinsame Vertretung delegiert werden, zumal der KJV schon dem kommunistischen Weltbund demokratischer Jugend angehört.

Besondere Bedeutung wird mithin den Arbeitsgruppen 1 (Öffentlichkeitsarbeit), 2 (Linkstendenzen) und 7 (Schwesterorganisationen) zukommen. Neulinke Gruppen, die aus orthodoxer Sicht noch nicht als «Schwesterorganisationen» einzustufen sind, werden von der Arbeitsgruppe 2 angegangen werden.

Der interne Kampf ist im Gange. Es handelt sich, aus Moskau Sicht, um einen Gesundungsschmerzprozess, der beträchtliche Kräfte vorübergehend bindet. Das, und nicht der Zusammenbruch der Neuen Linken, ist die Erklärung für die gegenwärtige Ruhe an der neulinken Front. Erstaunlich nur, wie rasch das wohlgefällige und satte Bürgertum zur Tagesordnung übergeht, wenn es nicht unliebsam durch Demonstranten aus seiner Nachtruhe geweckt wird.

Die zahlreichen Organisationen und zahllosen Mitläufer der Neuen Linken rutschen unaufhaltsam auf den Kreuzweg zu, bei dem sie sich entscheiden müssen: entweder für die Demokratie unter Beanspruchung des Rechtes auf Mitgestaltung im Rahmen von Reformen oder für die Diktatur unter Beanspruchung eines Gestaltungsmonopols im Rahmen gewalttätiger Revolution.

Ein Teil der Neuen Linken wird ohne Zweifel den Weg der Diktatur einschlagen. Wie gross dieser Teil sein wird, hängt entscheidend vom «Establishment» ab. Wenn in den demokratischen Institutionen die konstitutionellen Opportunisten (Rohrmoser in der «Welt» vom 22. 1. 1972) die Oberhand erhalten und sich als Verunsicherte Konzessionen abringen lassen, dann wird er eine Mehrheit sein. Wenn die Träger der demokratischen Institutionen jedoch aus der Position der Stärke und Sicherheit heraus Reformen durchsetzen und das Gespräch führen, dann wird er die revolutionäre Minderheit bleiben, die als Randerscheinung die Existenz der offenen Gesellschaft geradezu nachweist.

Peter Sager